

Wahlprüfstein des Dachverbands Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. (DEAB) zur Landtagswahl 2026

ANTWORTEN DER SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

1. Die Zukunft der Zivilgesellschaft sichern

*Die SPD Baden-Württemberg setzt auf eine starke, handlungsfähige Zivilgesellschaft als Rückgrat unserer Demokratie und der sozial-ökologischen Transformation. Deshalb treten wir für verlässliche, langfristige Landesmittel und eine breitere Streuung der Förderung ein, insbesondere für entwicklungspolitische Inlandsarbeit und Globales Lernen. Vielfalt ist für uns Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt: Wir wollen (post-)migrantische Organisationen, Initiativen junger Menschen sowie die Interkulturellen Promotor*innen gezielt stärken und damit Einwanderungsgesellschaft und globale Solidarität zusammen denken. Zugleich setzen wir auf eine moderne Ehrenamtsförderung mit flexiblen Engagementformen und guten Rahmenbedingungen in den Kommunen, damit organisierte Zivilgesellschaft ihre Rolle als glaubwürdige Multiplikatorin für eine gerechte, nachhaltige Zukunft in Baden-Württemberg wahrnehmen kann.*

2. Bereich Globales Lernen / Bildung für Nachhaltige Entwicklung

*Wir begreifen Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung als Kern moderner Bildungspolitik in unserem Land. Wir wollen die Strategie „BNE-BW 2030“ dauerhaft finanziell absichern, in allen Bildungsbereichen verankern und durch einen Whole-Institution-Ansatz in Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen stärken. Dazu gehört ein Landesbegleitgremium unter Einbezug der Zivilgesellschaft, der Ausbau von Qualifizierungs- und Beratungsangeboten für Lehrende sowie eine bessere institutionelle Einbindung außerschulischer Akteurinnen, etwa durch Vereinbarungen mit Trägern wie dem DEAB. Dekoloniale und antirassistische Perspektiven sollen auch in Lehrplänen, in der Lehrer*innenbildung und in der Projektförderung berücksichtigt werden, um globale Verantwortung sowie Demokratie- und Friedensbildung besser zu unterstützen.*

3. Gerechtes Wirtschaften in den planetaren Grenzen

Die SPD verbindet gerechtes Wirtschaften mit der Achtung planetarer Grenzen und der Stärkung sozialer Gerechtigkeit. Wir stehen für eine aktive Industrie- und Strukturpolitik, die Wertschöpfung, gute Arbeit und Klimaschutz zusammendenkt und Unternehmen beim Wandel zu einer ressourcenschonenden, kreislauforientierten Wirtschaft unterstützt. Dazu gehört eine Landespolitik, die ihre globale Mitverantwortung ernst nimmt: mit klaren Sozial- und Umweltstandards in der öffentlichen Beschaffung, der Förderung fairer und solidarischer Wirtschaftsformen sowie dem Eintreten für starke menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in Lieferketten auf EU und Bundesebene. Als exportstarkes Industrieland wollen wir eine Rohstoffwende vorantreiben, Abhängigkeiten reduzieren und menschenwürdige Arbeitsbedingungen entlang globaler Lieferketten sichern.

4. Migrantisches Engagement und Dekolonialität

*Die SPD Baden-Württemberg versteht migrantisches Engagement als unverzichtbare Kraft für globale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen Migrant*innen und ihre Organisationen auf Augenhöhe beteiligen – in Beratungsgremien, Partnerschaftsprojekten und bei der Ausgestaltung unserer Integrations- und Fachkräftestrategien. Dazu gehört für uns, Bildungs- und Teilhabehürden abzubauen, internationale Qualifikationen konsequent anzuerkennen und gleichberechtigte Kooperationen mit Partnern im Globalen Süden zu stärken. Rassismus, feindlichen Narrative über Migration und kolonialen Kontinuitäten stellen wir klar entgegen: durch starke Antidiskriminierungsstrukturen, politische Bildung und eine Erinnerungskultur, die globale Verantwortung sichtbar macht.*

5. Stärken von Internationalen (Schul-)Partnerschaften

*Wie sehen in internationalen Partnerschaften einen Motor für globale Solidarität und gegenseitigen Austausch. Wir wollen diese Kooperationen durch stabile Finanzierung, faire Honorare und feste Ansprechpartner*innen nachhaltig stärken und auf Partnerschaftsvereine ausweiten. Schulpartnerschaften mit dem Globalen Süden, inklusive digitaler Formate, sollen gefördert werden, um jungen Menschen interkulturelles Lernen und echte Gegenseitigkeit zu ermöglichen. Orientierung an den UN-Nachhaltigkeitszielen und verbindliche Einbeziehung südlicher Perspektive machen unsere Beziehungen zu Lernräumen für eine gerechte Welt.*

6. Klimagerechtigkeit in Baden-Württemberg – Eine machtkritische Perspektive

Die SPD Baden-Württemberg sieht Klimaschutz als Frage globaler Gerechtigkeit und sozialer Verantwortung. Wir fordern eine ambitionierte Neuausrichtung des Klimaschutzgesetzes mit verbindlichen Zielen für Wirtschaft, Verwaltung und Bildung sowie ein Sofortprogramm, das die Forderungen des Klimaschutzverständigenrats umsetzt. Dazu gehört faire Mobilität durch Investitionen in einen emissionsfreien ÖPNV, Reformen bei der Pendlerpauschale und Subventionen sowie einen Klimafonds für Kooperationen mit dem Globalen Süden. Klimaneutrales Wohnen verknüpfen wir mit sozialer Sanierung und nachhaltigem Bauen, um einkommensschwache Haushalte zu entlasten.

7. Friedensbildung ausbauen und Rüstungsexporte eindämmen

Die SPD Baden-Württemberg bekennt sich zur Friedensbildung als zentralem Bestandteil politischer Bildung und Erziehung zur Friedensliebe gemäß unserer Landesverfassung. Wir wollen die Servicestelle Friedensbildung bei der Landeszentrale für politische Bildung dauerhaft sichern, auf Erwachsenenbildung ausweiten und in Schulen sowie bei außerschulischen Angeboten stärken – inklusive Thematisierung des Kriegsdienstverweigerungsrechts. Zivile Konfliktbearbeitung fördern wir durch stabile Finanzierung und Einbindung von NGOs in sicherheitspolitische Foren wie den Runden Tisch Sicherheit. Bei Rüstungsexporten fordern wir verantwortungsvolle Kontrollen: Die Landesregierung soll auf Bundesebene ein Exportverbot in Krisenregionen unterstützen und gegen Menschenrechtsverletzungen vorgehen.

8. Strukturelle Förderung des Engagements für globale Gerechtigkeit

*Wir sehen die zentrale Rolle von DEAB und SEZ als Brückenbauer für globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung im Land und mit unseren Partner*innen des Globalen Südens. Wir fordern eine dauerhafte, planbare Landesfinanzierung dieser Infrastruktur, um Netzwerke, Beteiligungsformate und insbesondere Dialogplattformen wie die „Fair-Handeln-Messe“ oder die entwicklungspolitische Landeskongress langfristig zu sichern. Besonders die Eine-Welt- und Interkulturellen Promotor*innen-Programme wollen wir als festen Haushaltstitel verankern, damit ehrenamtliches Engagement in Regionen gestärkt und vielfältige Zielgruppen erreicht werden. So entfalten sich Impulse für BNE, faire Partnerschaften und gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig.*

Stuttgart, (23.02.2026)